

Offener Brief: Was ist unsere psychische Gesundheit wert?

Liebe Patient*innen, liebe Freund*innen, liebe Betroffene und Interessierte,

Stellen Sie sich vor, Ihr Arbeitgeber kündigt Ihnen heute an, dass Sie ab dem nächsten Monat für die exakt gleiche Arbeit **4,5 % weniger Gehalt** bekommen. In Zeiten von Inflation, explodierenden Mieten und steigenden Energiekosten klingt das wie ein schlechter Scherz.

Für uns Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist das bittere Realität: am 11. März 2026 hat der Bewertungsausschuss beschlossen, die Vergütung sämtlicher psychotherapeutischer Leistungen um 4,5% zu kürzen. Ein Trostpflaster soll die Erhöhung des Strukturzuschlags sein, der jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen die Kürzung auf bestenfalls 2,8% abmindert – für viele Praxen eine reine Mogelpackung. Während die Vergütungen für andere Gruppen der ambulanten Versorgung steigen und an die Inflation angepasst werden, wurde für unsere Berufsgruppe eine drastische Kürzung beschlossen. Ursprünglich forderte die GKV (Spitzenverband der Krankenkassen) sogar eine Abwertung unserer Vergütungen in Höhe von 10%. Die GKV argumentiert, unsere Honorare seien in den letzten Jahren "überproportional" gestiegen. Verschwiegen wird dabei: Diese Steigerungen waren kein Bonus, sondern das Ergebnis jahrelanger Klagen, um die massive Untervergütung gegenüber anderen Fachärzt*innen überhaupt erst abzumildern. Diese Annäherung nun wieder zu streichen, setzt ein deutliches Zeichen: Die psychische Gesundheit der Beitragszahlenden ist den Krankenkassen erschreckend wenig wert.

Was das für uns Psychotherapeut*innen bedeutet:

Die Willkür und Kurzfristigkeit des Beschlusses trifft uns mit aller Härte: Wir durchlaufen ein mindestens fünfjähriges Studium, eine teure Weiterbildung für mehrere zehntausend Euro und zahlen im Anschluss 40.000 bis 100.000 € für einen Kassensitz, um in der gesetzlichen Versorgung arbeiten zu dürfen. Diesen Weg wählt niemand, um reich zu werden. Die Kürzungen betreffen nicht nur die, die eh genug haben, sondern Menschen, die auf ihr Einkommen angewiesen sind und damit kalkulieren müssen: Auszubildende, welche die Kosten ihrer Ausbildung tragen müssen, niedergelassene Kolleg*innen, die einen hohen Kredit für den Praxissitz abbezahlen müssen, Eltern, die mit dem Einkommen die Existenz ihrer Familie sichern. Sie alle verdienen ab dem 01.04. plötzlich bis zu 4,5% weniger – während sämtliche Kosten steigen. Wir Psychotherapeut*innen benötigen wirtschaftliche Planungssicherheit. Eine solche Kürzung schafft Angst vor immer weiterer willkürlicher Entwertung unserer Tätigkeit. Es mindert die Attraktivität des Berufes und damit auch die Versorgung gesetzlich Versicherter. Wer heute kürzt, gefährdet die Praxen von morgen.

Was das für uns alle als Gesellschaft bedeutet:

Diese Kürzungen sind nicht nur ein Angriff auf unser Portemonnaie – sie sind ein Angriff auf die psychotherapeutische Versorgung. Es wird seit Längerem versucht Psychotherapie als Leistung der Krankenkasse zu beschränken und zu entwerten. Wir stellen einen wichtigen Teil der ambulanten gesundheitlichen Versorgung dar. Mit unserer Arbeit schaffen wir es oft,

Linderung zu schaffen und Schlimmeres zu verhindern – nicht nur ganz individuell für die Menschen, die zu uns kommen, sondern auch ökonomisch betrachtet: so zeigt zum Beispiel eine Studie, dass jeder Euro, den man in eine Psychotherapie steckt, der Gesellschaft zwei bis vier Euro an Folgekosten spart. Erst kürzlich beschwerte sich der Bundeskanzler über hohe Krankenstände. Psychische Erkrankungen sind häufige Ursache für Krankheitsausfälle bei der Arbeit und Frühberentungen. An uns zu sparen, ist nicht nur unsozial, es ist ökonomisch blind.

Darüber hinaus ist natürlich noch zu erwähnen, dass durch eine Ausbildungsreform die Absolvent*innen eines Psychotherapie-Studiums seit Jahren vor dem Nichts stehen, da die Finanzierung der Weiterbildung nicht geregelt ist. Das bedeutet: Der Nachwuchs bricht weg! Insgesamt verstärkt sich der Eindruck, dass Psychotherapie als Leistung der Krankenkassen immer weiter gekürzt und schließlich verdrängt werden soll.

Was das für Patient*innen bedeutet:

Die weitere Entwertung unserer psychotherapeutischen Arbeit im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung führt zu einem Zwei-Klassen-System: Wenn die Arbeit für die gesetzlichen Krankenkassen finanziell nicht lohnenswert ist, werden Therapeut*innen gezwungen sein, vermehrt Privatversicherte und Selbstzahlende aufzunehmen bzw. sich andere Einkommensquellen zu suchen. Das verschärft die sowieso schon viel zu langen und nicht zumutbaren Wartezeiten.

Ebenfalls ist geplant, das sogenannte Erstzugangsrecht zu streichen. Patient*innen müssten zunächst eine Überweisung einholen und bereits vorab ihre Probleme in der hausärztlichen Praxis offenbaren, bevor sie eine psychotherapeutische Praxis aufsuchen könnten. Eine weitere Hürde zur Psychotherapie und eine weitere geplante Maßnahme zur Verschlechterung der Versorgung.

Durch einen einfachen und zeitnahen Zugang zu Psychotherapie lassen sich schwere Verläufe, Chronifizierungen, lange Krankheitsausfälle und Frühberentungen verhindern. Es braucht mehr Kapazitäten für psychische Gesundheit – nicht weniger.

Wir sagen: Es reicht!

Wir machen diesen Job aus Leidenschaft und Verantwortung für Menschen in Krisen. Aber wir wollen nicht länger schweigend zusehen, wie unsere Arbeit und damit auch Ihre bzw. unser aller psychische Gesundheit entwertet wird.

Um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige psychotherapeutische Versorgung zu sichern, fordern wir:

1. **Faire Vergütung statt Kürzungen:** Eine Rücknahme des Honorarabschlags und eine Honorierung, die die Inflation sowie die realen Betriebskosten einer modernen Praxis widerspiegelt.

2. **Echte Angleichung an andere Facharztgruppen:** Wir fordern das Ende der systematischen Benachteiligung. Die Vergütung muss sich an der Qualifikation und der Verantwortung orientieren, statt uns als „Arztgruppe zweiter Klasse“ zu behandeln.
3. **Reform der Bewertungsgrundlage:** Wir fordern eine grundlegende Reform der Honorarkalkulation: Das Bundessozialgericht hat eine Untergrenze noch rechtskonformer Vergütung psychotherapeutischer Leistungen definiert. Die GKV versucht wiederholt diese Grenze für unsere Mindestvergütung als eine Obergrenze zu missbrauchen – damit muss endlich Schluss sein.
4. **Mehr Kassensitze:** Eine bedarfsgerechte Erhöhung der Zulassungen, um die monatelangen Wartezeiten endlich zu beenden. Psychische Hilfe darf kein Privileg für Menschen mit viel Geduld oder privaten Mitteln sein.
5. **Erhalt des Erstzugangsrechts:** Patient*innen müssen auch weiterhin ohne bürokratische Umwege über Hausärzt*innen direkten Zugang zu psychotherapeutischer Hilfe haben.

Liebe Patient*innen, liebe Freund*innen, Betroffene und Interessierte:

Solidarisiert euch mit uns! Helft uns die Stellung von Psychotherapie zu stärken! Dieser Kampf geht uns alle an!

Wir brauchen möglichst viele Stimmen, um den Druck auf die Politik zu erhöhen. Werden Sie aktiv:

- **Unterzeichnen Sie jetzt die aktuelle Petition auf change.org: Monatelange Wartezeiten – und jetzt werden psychotherapeutische Leistungen gekürzt?** <https://www.change.org/p/monatelange-wartezeiten-und-jetzt-werden-psychotherapeutische-leistungen-gek%C3%BCrzt> – Jede Unterschrift ist ein öffentliches Signal gegen die Abwertung unserer Arbeit.
- **Bundestagspetition gegen Honorarkürzungen (in Vorbereitung):** Wir haben den Antrag eingereicht. Sobald die offizielle Mitzeichnungsfrist startet, informieren wir Sie hier. 50.000 Stimmen können eine Anhörung im Bundestag erzwingen!
- **Präsenz zeigen:** Unterstützen Sie uns bei Demonstrationen und Kundgebungen. Über Termine und Orte werden wir informieren.
- **Werden Sie zum Sprachrohr:** Kontaktieren Sie die gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen oder Ihre lokalen Abgeordneten. Erzählen Sie ihnen, was eine Schwächung der psychotherapeutischen Praxen für Ihre persönliche Versorgung bedeutet.
- **Solidarität im Netz:** Teilen Sie diesen Brief und die Informationen in Ihren sozialen Netzwerken. Machen wir das Thema unübersehbar! Nutzen Sie die Hashtags #PsychotherapieinGefahr und #Honorarkürzungen.